

Berliner Morgenpost: Stefan Ludwig wird neuer Landeschef der Linken

Samstag, 18. Februar 2012 22:14

Auf ihrem Parteitag in Brandenburg beschlossen die Linken einen Mindeststundenlohn von zehn Euro die Stunde. Der 44-jährige Stefan Ludwig wurde mit 76 Prozent zum Landeschef gewählt.

Brandenburg soll nach dem Willen der Linken das erste Bundesland mit einem Mindeststundenlohn von zehn Euro werden. „Daran arbeiten wir“, sagte der neue Landesvorsitzende Stefan Ludwig auf dem Landesparteitag in Blossin (Dahme-Spreewald). Den Menschen solle nicht nur ein „Leben ohne Armut, sondern in gleichberechtigter Teilhabe“ ermöglicht werden. Die Linke ist seit 2009 Juniorpartner der SPD in der Landesregierung. Es ist die bundesweit einzige rot-rote Koalition.

Ludwig war einziger Kandidat für den Landesvorsitz, den der bisherige Amtsinhaber Thomas Nord nach sieben Jahren abgab. Der Parteitag wählte den 44-Jährigen mit knapp 76 Prozent zum neuen Landesvorsitzenden. Ludwig erhielt 98 Stimmen, 22 Delegierte stimmten gegen ihn, neun enthielten sich der Stimme.

Mit Umfragewerten von derzeit nur gut 20 Prozent braucht die märkische Linke einen neuen Schub, den ihr der 44-Jährige mit Reformen geben will. Ludwig ist kein begnadeter Redner und gilt manchen als zu farblos. Nach dem Eindruck seiner Mitabgeordneten im Landtag, Margitta Mächtig, hat er eine Eigenschaft, mit der sich in der Öffentlichkeit nur bedingt punkten lässt: „Stefan ist ein hervorragender Technokrat.“

Ludwig war nach der ersten Wahl im neu gegründeten Land Brandenburg im Jahr 1990 der jüngste Abgeordnete. Damals gehörte der Jurist noch keiner Partei an, war aber auf der Liste der PDS angetreten. Erst 1998 trat er in die Partei ein, aus der später durch die Fusion mit der WASG die Linke wurde. Im Jahr 2002 wurde Ludwig hauptamtlicher Bürgermeister von Königs Wusterhausen (Kreis Dahme-Spreewald). Nach seiner achtjährigen Amtszeit kandidierte er erneut für den Landtag und kehrte in die Landespolitik zurück. In der Landtagsfraktion ist er seitdem stellvertretender Vorsitzender und Sprecher für Kommunalpolitik.